

Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter vierzehntags-Beilage „Gärtner-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Inserate:
Die 44 mm breite Nonpareillezeile 30 Pfg.
Alleinige Annahmestelle
Josef Wichterich,
Verlag,
Leipzig, Schillerstr. 7
(Fernsprecher 2101)
und Berlin S. 14,
Kommandantenstr. 34
(Fernspr. Amt IV, 1567).

Erscheint
jeden Sonnabend,
jährlich 52 Nummern.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.
Abonnements durch
alle Postanstalten.

Redaktion und Expedition:
Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.
Fernsprecher Amt IV, 3725.

Redaktionsschluß:
Jeden Dienstag Morgen.

Inhaltsübersicht: Gewerkschaftliche Schulung. — Reichsversicherungsordnung, II. — Über Ursachen und Folgen der Wohnungsnot. — Meinungsaustausch über die Frage: Versammlungsreform. — Praktische Sozialpolitik auf Berliner Friedhöfen. — Unser Erfolg für die Friedhofsarbeiter in der Reichsversicherungsordnung. — Gärtnergehilfenbehandlung auf einem hinterpommerschen Gut. — Korrespondenzen: Kissingen; Neuwied a. Rh. — Lage des Arbeitsmarktes. — Lohnbewegungen und Streiks: Frankfurt a. M.; Hamburg; Weimar. — Bekanntmachungen. — Literarisches. — Feuilleton: Brief aus Californien. — Beilage: Gärtner-Fachblatt.

Gewerkschaftliche Schulung.

Es gibt Leute, die da meinen, wenn sie in eine Gewerkschaft eingetreten seien und ihr Verbandsbuch in Ordnung hätten, so hätten sie ihre Pflicht als Mensch und Kollege in vollem Maße erfüllt. Um alles Weitere kümmern sie sich nicht, und was innerhalb der Gewerkschaft vorgeht, interessiert sie nicht. Nur wenn große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, wenn ein Streik oder eine Aussperrung in Aussicht steht, dann erwacht ihr (Geldbeutel-) Interesse, und sie erscheinen in der Versammlung; ist die Bewegung vorüber, so flaut ihr Interesse ab und sie verschwinden wieder von der Bildfläche. Auch wenn ein Skandal oder ein Radau zu erwarten ist, stellen sie ihren Mann, und dann kann es wohl vorkommen, daß einer von ihnen auf das Podium klettert und seine Rede mit dem Satze beginnt: „Seit sechs Jahren habe ich keine Versammlung besucht, aber heute muß ich doch mal meine Meinung sagen.“ Und dann verzapft er seine Weisheit und gibt gute Ratschläge, trotzdem er doch eigentlich mit der Organisation jegliche Fühlung verloren hat.

Man muß sich doch eigentlich wundern, daß es heute noch notwendig ist, die organisierten Kollegen auf die Bedeutung einer gewerkschaftlichen Erziehung hinzuweisen, die den Zweck verfolgen soll, die Mitglieder mit dem Geiste der Solidarität zu erfüllen. Daß die Organisationszugehörigkeit allein nicht genügt, ist eine alte, oftmals gehörte Wahrheit, die schon der erste deutsche Arbeiteragitor proletarischer Herkunft, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, vor nunmehr 80 Jahren ausgesprochen hat, indem er seinen Genossen zurief, es sei nichts damit getan, daß sie einem Arbeiterverein angehörten und ihre Beiträge regelmäßig bezahlten, sondern sie müßten auch in den Geist der Organisation eindringen und in diesem Geiste leben und wirken. Diese Wahrheit gilt heute wie damals, was wir an einem Beispiele aus jüngster Zeit erläutern wollen.

Die Angestellten der Hamburger Straßenbahngesellschaft traten vor kurzem in eine Bewegung ein: sie forderten freies Koalitionsrecht sowie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Direktion wollte sich auf nichts einlassen und entließ obendrein noch ein paar „Rädels-

führer und Aufhetzer“, weshalb unter den Angestellten eine tiefgehende Erregung platzgriff. Vernünftigerweise schlossen sie sich massenhaft dem Transportarbeiterverbände an, und auch die Versammlungen wurden zahlreich besucht. Schon nach kurzer Zeit gingen die Wogen immer höher, und man drängte stürmisch nach einer Entscheidung. Biegen oder brechen — lautete die Parole. Die Leitung des Verbandes zeigte sich der Situation gewachsen; denn sie behielt trotz der Siedehitze der Bewegung kaltes Blut und klaren Kopf; sie wog die Aussichten eines Kampfes auf Sieg oder Niederlage gegen einander ab und kam zu dem Ergebnis, daß nach Lage der Sache der Kampf mit einer Niederlage enden werde. Besonders fiel hierbei der Umstand ins Gewicht, daß es sich zum allergrößten Teile um neugewonnene, bislang unorganisierte Leute handelte, denen jegliche Schulung abging. Da die Existenz zahlreicher Familienväter auf dem Spiele stand, wollte die Verbandsleitung die Verantwortung nicht übernehmen, weshalb sie den Vorschlag machte, den Kampf einstweilen abzubrechen und auf einen günstigeren Zeitpunkt zu vertagen. In der entscheidenden Versammlung, in der von 4000 Angestellten nur etwa 1000 anwesend waren, kam es zu wilden Auftritten, die ein schlechtes Licht werfen auf die Bildung jener Leute. Abgesehen davon, daß mehrere Unorganisierte, die doch alle Ursache gehabt hätten, sich einer bescheidenen Zurückhaltung zu befleißigen, stürmisch den sofortigen Streik verlangten und dann Radau machten, benahmen sich auch zahlreiche Organisierte derartig, wie man es von geschulten Arbeitern nicht gewohnt ist. Diese neugebackenen Gewerkschafter schienen von dem Wesen einer modernen Gewerkschaft keine Ahnung zu haben; denn sie überhäufte die Verbandsleitung mit den ärgsten Schimpfwörtern, wie Arbeiterverräter und ähnliche, zerrissen ihre Verbandsbücher, warfen sie zum Vorstandstisch hinauf und erklärten, sie wollten mit dem Verbandsbuch nichts mehr zu schaffen haben. Diese guten Leute erblickten in den Gewerkschaften lediglich Streikvereine, und wenn sie ihren Willen nicht kriegen, markieren sie die gekränkte Leberwurst, und wie verzogene Kinder wollen sie nicht mehr

mitspielen; sie sind auch der Meinung, daß es ihr gutes Recht sei, die Verbandsleitung als Kanaille zu behandeln, und sie glauben, sie könnten aus der Verbandskasse hundert Mark herausholen, wenn sie zehn Mark hineingezahlt haben. Eine solche falsche Auffassung und ein solch rüpelhaftes Gebaren beweist deutlich die Notwendigkeit einer zielbewußten Aufklärung und einer besseren gewerkschaftlichen Schulung.

Hier treffen wir auf einen wunden Punkt in der proletarischen Arbeiterbewegung, der die Aufmerksamkeit aller Gewerkschafter verdient. Die Gewerkschaftsbewegung modernen Gepräges hat es verstanden, in jahrzehntelanger Agitations- und Organisationsarbeit immer größere Scharen von Proletariern aus dem dumpfen Schlafe zu wecken und mit dem Gedanken des Klassenkampfes zu erfüllen, sie hat es fertig gebracht, Hunderttausende von Arbeitern zu starken Organisationen zusammenzuschweißen und einen organisierten Klassenkampf in Szene zu setzen, der die Bewunderung der ganzen Welt und die Wut der Scharfmacher und Kapitalprotzen erregt. Aber noch steht ihr die ungleich schwierigere Aufgabe bevor, die organisierten Arbeitermassen zu erziehen und zu schulen und für die große Aufgabe der Zukunft reif zu machen. Die Sozialisierung unsres Wirtschaftslebens, die Neugestaltung unsres Zusammenlebens und Zusammenarbeitens, die Eroberung des sozialen Neulands, das aus der Ferne zu uns herüberwinkt, alles das sind Aufgaben, die nur von einer geistig und moralisch hochstehenden Arbeitermasse gelöst werden können. Darum ist es nicht mehr ausreichend, daß die proletarische Bewegung in die Breite geht und sich zahlenmäßig ausdehnt, sondern es ist auch unbedingt nötig, daß sie in die Tiefe geht und daß sie den Boden, den sie unter den Pflug nimmt, auch gründlich beackert.

Es wäre allerdings eine Ungerechtigkeit, wollte man verkennen, welch große Erfolge die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit bereits aufzuweisen hat. Man braucht nur das Niveau der organisierten Arbeiter mit dem ihrer unorganisierten Kameraden zu vergleichen, um diesen Unterschied deutlich zu bemerken. Die kulturellen Fortschritte, die sich uns heut-

zutage in den unteren Volksschichten bemerkbar machen, kommen lediglich auf das Konto proletarischer Agitations- und Organisations-tätigkeit, da sie von den Ausbeutern und Volksausplünderern natürlich keine Förderung zu erwarten haben. Dennoch aber wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir auf unsern Lorbeeren ausruhen wollten, anstatt um neue Erfolge zu ringen. Das Gefühl der Zufriedenheit und Selbstgenügsamkeit, daß wir es — um mit dem Schüler des Doktor Faust zu reden — so herrlich weit gebracht haben, darf uns nicht zur Untätigkeit veranlassen, sondern es soll uns ein Ansporn sein, immer weiter zu streben und zu kämpfen. Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, daß alles das, was wir bislang geleistet und erreicht haben, nur die Anfänge, gewissermaßen die Keime der Aufwärtsentwicklung sind. Und wenn auch hin und wieder von den Grenzen der Gewerkschaftsbewegung geredet wird, so wissen wir doch ganz genau, daß uns noch weite Entwicklungsmöglichkeiten offen stehen, und daß sich noch ein riesiges Feld praktischer Gewerkschaftsarbeit vor unsern Blicken ausbreitet. Erst dann werden die Gewerkschaften auf der Höhe sein, wenn sie nicht nur möglichst alle Angehörigen einer Branche in sich schließen, sondern wenn sie auch durch eine planmäßige Schulung die Mitglieder zu wohldisziplinierten Klassenkämpfern erzogen haben. Bis dahin wird aber noch viel Mühe aufzuwenden sein.

Reichsversicherungsordnung.

II.

Krankenversicherung.

Nach dem zweiten Buche ist die Krankenversicherung ausgedehnt worden auf die Dienstboten, die unständig und im Wandergewerbe Beschäftigten, auf die Hausgewerbetreibenden, außer den Betriebsbeamten, Werkmeistern noch auf andre Angestellte in ähnlich gehobener Stellung usw. Die Betriebsbeamten,

Werkmeister, Angestellten, Handlungsgehilfen usw. sind nur versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst 2500 Mark (früher 2000 Mk.) nicht übersteigt. Beim Arbeiter spielt die Höhe des Lohnes für die Versicherungspflicht keine Rolle. Lehrlinge sind jetzt in allen Fällen versicherungspflichtig, auch wenn sie keinen Lohn oder Kostgeld beziehen. Zu den Angestellten in „ähnlich gehobener Stellung“ sind alle Partei- und Gewerkschaftsangestellte zu zählen. Sofern dieselben mit ihrem Gehalt unter 2500 Mark bleiben, unterliegen sie der Krankenversicherung.

Die Regelleistungen der Krankenkassen sind: Krankenhilfe, Wochengeld und Sterbegeld. Durch die Satzung können auch entsprechende Mehrleistungen vorgesehen werden. Die baren Leistungen der Kassen werden nicht nach dem wirklichen Verdienst des Versicherten, sondern nach einem Grundlohn bemessen. Als durchschnittlicher Tagesentgelt können hier bis zu 5 Mk. für den Arbeitstag festgesetzt werden. U. a. kann auch statt des durchschnittlichen Tagesentgelts der wirkliche Arbeitsverdienst der einzelnen Versicherten für den Arbeitstag bis zu 6 Mk. als Grundlohn bestimmt werden. Bisher betragen die Sätze 4 resp. 5 Mk.

Als Krankenhilfe wird gewährt: 1. Krankenpflege vom Beginn der Krankheit an; sie umfaßt ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei, sowie Brillen, Bruchbändern und andern kleineren Heilmitteln; 2. ein Krankengeld in Höhe des halben Grundlohns für jeden Arbeitstag, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht, es wird vom vierten Krankheitstage an, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später eintritt, vom Tage ihres Eintritts an gewährt. Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der 26. Woche nach Beginn der Krankheit, wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankenpflege gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu 13 Wochen nicht angerechnet. An Stelle der Krankenpflege und des Krankengeldes kann die Kasse freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause gewähren. Nach mehreren höchstgerichtlichen Entscheidungen konnten die Kassen bisher zur Krankenhauspflge nicht direkt gezwungen werden. In Zukunft soll die Kasse möglichst diese Pflege eintreten lassen, und wo mehrere Krankenhäuser zur Übernahme bereit sind, dem Kranken die Auswahl unter denselben überlassen. Weiter kann die Kasse mit Zustimmung des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern und andre Pfleger namentlich auch dann gewähren, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Kranken-

haus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. Die Satzung kann gestatten, dafür bis zu einem Viertel des Krankengeldes in Abzug zu bringen. Wird Krankenhauspflge einem Versicherten gewährt, der bisher von seinem Arbeitsverdienst Angehörige ganz oder überwiegend unterhalten hat, so ist daneben ein Hausgeld für die Angehörigen im Betrage des halben Krankengeldes zu zahlen.

Die Wöchnerinnenunterstützung ist von sechs auf acht Wochen erhöht, für die Mitglieder der Landkrankenkassen genügen, wie bereits bemerkt, schon vier Wochen. Als letzte Pflichtleistung kommt dann noch das Sterbegeld in Betracht, welches den zwanzigfachen Betrag des Grundlohns betragen muß.

Nun können die Krankenkassen eine ganze Anzahl Mehrleistungen einführen. Ob davon in Zukunft nach dem ganz gewaltigen Eingriff und Schmälerung der Selbstverwaltung noch Gebrauch gemacht wird, bleibt abzuwarten. Wünschenswerter wäre es da schon gewesen, wenn die von unsern Genossen bis zur letzten Stunde hartnäckig verteidigten Anträge auf Erhöhung der Minimalleistungen im Reichstage entweder ganz oder teilweise Annahme gefunden hätten. Was können die Kassen nun alles noch einführen resp. leisten? Das Krankengeld kann bis auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht, für die Sonn- und Feiertage, ebenso auch vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gewährt werden. Das letztere ist in Zukunft aber nur zulässig, wenn die Krankheit länger wie eine Woche dauert, zum Tode führt oder durch einen Betriebsunfall verursacht worden ist, sowie mit Zustimmung des Obergewerksamts auch bei andern Krankheiten. Der Bezug der Krankenhilfe kann bis zu einem Jahre ausgedehnt, das Hausgeld bei Krankenhauspflge bis zum Betrage des vollen Krankengeldes erhöht und endlich Versicherten, die keine Angehörigen zu ernähren haben, ein Hausgeld bis zum halben Krankengeld zubilligt werden. Zulässig ist weiter die Fürsorge für Genesende durch Unterbringung in Genesensheimen, Gewährung von Hilfsmitteln gegen Verunstaltung nach beendigem Heilverfahren, von Zuschüssen zu größeren Heilmitteln und von Krankenkost. Bei der Wöchnerinnen-Unterstützung kann Kur und Verpflegung in Wöchnerinnenheimen, Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen, Schwangerschaftsunterstützung und Stillgelder statutarisch festgesetzt werden. Zum Schluß kann noch Familienhilfe und die Erhöhung des Sterbegeldes bis zum vierzigfachen Betrage des

Feuilleton.

Brief aus Kalifornien.

Fresno, den 7. März 1911.

Werte Kollegen! Seit Anfang Januar war ich mit dem Schneiden von Obstbäumen (Pflirsich und Aprikosen), sowie Reben (Wein und Rosinen) beschäftigt, und seit der letzten Januarhälfte sechs bis sieben Meilen von meiner Wohnung entfernt. Erst kürzlich kehrte ich zurück. Wohl war ich an ein paar Sonntagen für einige Stunden nachhause gefahren, um Umschau nach angekommenen Post-sachen zu halten und andre Angelegenheiten zu erledigen, doch für das Schreiben war die Zeit zu kurz, und auf solchen gelegentlichen Unterbrechungsstellen rüstet man sich nicht mit allerhand aus, sondern nimmt nur das Allernotwendigste mit. In Notfällen kann man auch auf solchen Stellen Tinte und Feder sowie Papier erhalten, doch bin ich am liebsten ungestört, wenn ich schreibe. Somit verzögerte sich die Beantwortung eures lieben Briefes, zu dem ich mich sehr gefreut habe.

Freuen kann man sich zu einem solchen Erfolge, der immer mehr Massen in die freigewerkschaftlichen Organisationen treibt; zwei Millionen ist eine schöne Armee, und wenn es so weiter geht, und das steht fest, wird bald die dritte voll sein. Kein Wunder, daß solche Aufklärungsarbeit den Machthabern des Kapitals über den Kragen geht, denn sie wissen ja, daß diese Millionen nicht nur Menschen, sondern zielbewußte und zum größten Teil kampferprobte Männer sind und daß die stets neu hinzu kommenden zu solchen erzogen werden; aber auch, daß diese ebenso im politischen Kampfe ihren Mann stehen, soweit sie dazu Gelegenheit haben.

Sehr erfreulich ist auch die Entwicklung der Jugendorganisationen. Daß diese nun aufge-

löst werden, ist ein unverschämter Raub der Menschenrechte. Aber es macht gar nichts aus, so oder so. Es macht Spaß, unter Druck zu arbeiten, und es ist ein schönes Agitationsmittel.

In unserm A. D. G. V. sind 700 neue Mitglieder; in einem Jahre ein ganz schöner Fortschritt; denn man weiß ja, was für eine Arbeit es manchmal kostet, einen „Kunstgärtner“ zum Eintritt zu bewegen.

Besten Dank für die Zusendung der Flugblätter und Broschüren; habe sie mit Interesse gelesen, es liegt ein ganzes Stück Erziehungs- und Aufklärungsarbeit darin.

Nun wollen wir uns einmal die hiesigen (amerikanischen) Gewerkschaften (Unions) ansehen. Wie ganz anders sind sie beschaffen als die dortigen! Man muß ihnen allerdings die Anerkennung zollen, daß sie in den Orten, wo sie vertreten, durchweg den Achtstundentag erkämpfen sowie höhere Löhne; doch zu Männern, die auch im politischen Kampf ihren Mann stehen, werden sie nicht erzogen. Sie sind selbststüchtige, egoistische Menschen. Allerdings kann ich nur von Kalifornien berichten und speziell von Fresno, und ich will gleich bemerken, daß es auch Ausnahmen gibt, wie überall. Fresno ist eine starke Feste der Union. Ich will nun ein paar Stilblüten aus dem Union-Leben anführen.

Diese Unions haben eine gemeinsame Zeitung hier in Fresno. Wenn darin die verschiedenen Unions aufgeführt werden, steht in dem Verzeichnis auch die „Ministerial Union“; diese setzt sich zusammen aus den orthodoxen Pastoren. Natürlich: sie sind auch Arbeitnehmer; aber sie sind Diener und Agenten des Kapitals und vertreten somit einen andern Standpunkt als eine für Lohn arbeitende Arbeiterschaft. Sie sind Feinde jeden freien geistigen Entwicklungsganges.

„Christlich muß die Jugend erzogen werden!“ Natürlich! Deshalb gibt es hier auch Jünglingsvereine beiderlei Geschlechts. Jedermann kann

Mitglied werden; doch kommt es zur Wahl des Vorstandes usw., dann wird nach dem Glaubensbekenntnis gefragt, und es dürfen dann nur orthodoxe Schafe ihren orthodoxen Hirten wählen. Sehr christlich liberal, nicht wahr!

Eine andre Stilblüte. Im vergangenen Jahre machten die Angestellten der Damenmodewaren-geschäfte den Versuch, auch an Samstagen den 6 Uhr-Ladenschluß, wie er sonst üblich in der Woche (allenfalls einen schönen sozialen Fortschritt), zu erlangen; dabei wandten sich diese nun auch an die Großmütigkeit der Kirche verwaltden und Himmel vermittelnden Hoheiten. Wie naiv. Noch heute ist der Ladenschluß derselbe. Es ist auch kaum anders zu erwarten, solange Gompers noch an der Spitze ist; erst mit ihm wird der letzte Rest der „Civic Federation“ fallen, und wir werden es wohl bald erleben. Auf einer Stelle in Kalifornien fängt es schon an. In Los Angeles sind im letzten Jahre sämtliche Mitglieder der dortigen Unions zum Sozialismus übergetreten.

Das Neueste von Südkalifornien, das auch auch interessieren wird, ist ein von dem hier bekannten soz. Schriftsteller Jack London verbroitetes Zirkular, das die militärischen Behörden in große Aufregung versetzt. Es lautet nach freier Übersetzung:

„Junger Mann! Das niedrigste Ziel in Deinem Leben ist, ein guter Soldat zu sein. Der gute Soldat versucht niemals Recht von Unrecht zu unterscheiden. Er denkt nie, weder sucht er Gründe oder Ursachen; er gehorcht nur. Wenn ihm befohlen, zu feuern auf seine Mitbürger, seine Freunde, seine Nachbarn, seine Verwandten, er gehorcht ohne zu zaudern. Wenn ihm befohlen, arme, nach Brot schreitende Menschen, gedrängt in einer Straße, niederzuschießen, er gehorcht, und er sieht das graue Haar des Alters mit Bluf befleckt und die Lebensflut strömen von der Brust der Frauen, weder Gewissensbisse noch Sympathie fühlend. Wenn er abkommandiert ist,

Grundlohn gewährt werden. Dies alles steht aber im freien Ermessen der Kassen.

Die chronisch Kranken hat man nicht geschützt, sondern ihre Lage noch verschlechtert. Wer binnen 12 Monaten für 26 Wochen Krankengeld oder Ersatzleistungen dafür bezogen hat, erhält für einen neuen Versicherungsfall, der durch dieselbe nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt wird, im Laufe der nächsten 12 Monate nur die Regelleistungen auf die Dauer von 13 Wochen. Diese Beschränkung konnte bisher nur eintreten, wenn die Unterstützung von derselben Kasse bezogen war; in Zukunft kommen die Leistungen früherer Kassen im letzten Jahre auch mit in Anrechnung. Die Kürzung des Krankengeldes bis auf den durchschnittlichen Arbeitsverdienst ist bei der Doppelversicherung beibehalten worden. Die Satzung kann die Mitglieder verpflichten, die Höhe der Bezüge mitzuteilen. Nur ist die Frage nicht gestattet, aus welcher Krankenversicherung die Bezüge herrühren. Natürlich kann die Kasse von der Kürzung auch ganz absehen. Wer infolge Erwerbslosigkeit aus der Kasse ausscheidet, behält, wenn er drei Wochen vor seinem Ausscheiden Mitglied einer Krankenkasse ist, im Falle einer Erkrankung innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Ausscheiden noch Anspruch auf die gesetzlichen Mindestleistungen. In Zukunft wird sechswöchentliche Zugehörigkeit zur Kasse vor dem Ausscheiden oder eine Mitgliedschaft von 26 Wochen im letzten Jahre verlangt. Dieselben Vorschriften greifen Platz, sofern sich jemand als freiwilliges Mitglied bei Beendigung der Arbeit melden will.

Eine einheitliche Kassenform hat die Vorlage nicht gebracht. Als Krankenkassen kommen in Betracht die Ortskrankenkassen, die Landkrankenkassen, die Innungskrankenkassen und die Betriebskrankenkassen. Die Geschäfte der Krankenkassen werden besorgt durch einen Vorstand und Ausschuß. Der Ausschuß besteht zu einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer und zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zählt insgesamt höchstens 90 Vertreter. Die Vertreter der Versicherten werden von den volljährigen Kassenmitgliedern, die Vorstandsmitglieder dagegen vom Ausschuß gewählt. Als Vorsitzender der Kasse gilt nur, wer bei der Wahl die Mehrheit der Stimmen sowohl der Unternehmer wie der Versicherten auf sich vereinigt hat. Mit diesem ganz gewaltigen Eingriff in die Selbstverwaltung gedankt man unliebsame Kassenvorsitzende zu beseitigen, eventl. dafür Beamte (Militärwärter usw.) hineinzu bringen. Dann kommt noch hinzu die Dienstordnung für die Kassengestellten, worüber der eine oder andre sehr leicht stolpern kann. Die Anstellung

von Beamten kann in Zukunft überhaupt nur beschlossen werden, wenn übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstand erzielt werden. Zum Schluß ist noch darauf zu verweisen, daß die freie Arztwahl nicht eingeführt worden ist. Das Verhältnis der Kassen zu den Ärzten soll durch schriftliche Verträge geregelt werden. Den Mitgliedern soll bei den Kassen die Auswahl unter mindestens zwei Ärzten freistehen. Mit dieser Regelung sind die Ärzte, wie verlautet, nicht einverstanden. Die Versicherten haben aber alle Ursache, mit der Beschneidung ihrer bisherigen Rechte noch viel mehr unzufrieden zu sein. Dies tritt namentlich bei den Mitgliedern der freien Hilfskassen, die kurzerhand als Ersatzkassen bezeichnet werden, in die Erscheinung.

Die Unfallversicherung

hat ihre Regelung im dritten Buche gefunden. Die Versicherungspflicht auf alle Lohnarbeiter und Betriebe, also auch auf das Kleingewerbe auszudehnen, dazu hat man sich nicht aufschwingen können. Entschädigt werden in Zukunft wie bisher nur Betriebsunfälle, nicht aber Unfälle auf Wegen, Unfälle des täglichen Lebens, ebenso werden die Gewerkekrankheiten nicht als Unfälle angesehen. Letzteres kann nur auf Beschluß des Bundesrats geschehen. Die Versicherungspflicht ist wieder etwas erweitert worden und erstreckt sich in Zukunft mit auf die Apotheken, Gerberei-, Dekorateur- sowie Steinerkleinerungsbetriebe, die Binnenfischerei, Fischzucht, Teichwirtschaft und Eisgewinnung, wenn sie gewerbmäßig betrieben oder vom Reiche, einem Bundesstaat, einer Gemeinde, einem Gemeindeverband oder einer anderen öffentlichen Körperschaft verwaltet werden, sowie das Halten von Fahrzeugen auf Binnengewässern, auf das Halten von andern Fahrzeugen als Wasserfahrzeugen, wenn sie durch elementare oder tierische Kraft bewegt werden und auf das Halten von Reittieren, endlich noch auf die gesamten Speditionsbetriebe. Verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalles nicht aus. Die Verletzung bergpolizeilicher Vorschriften gilt nicht als ein freiwilliges Zuziehen eines Unfalles.

Die Rente wird nicht nach dem vollen Lohne, sondern nach zwei Dritteln des Jahresarbeitsverdienstes gewährt, wobei der 1800 Mk. (früher 1500 Mk.) übersteigende Betrag nur zu einem Drittel in Anrechnung kommt. Eine Erhöhung der Hinterbliebenen-Renten hat nicht stattgefunden, nur ist in Zukunft auch für ein uneheliches Kind Rente zu zahlen, wenn der Verstorbene ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat. Beträgt die Rente 20 Prozent und weniger (bisher 15 Prozent), so kann die Berufsgenossenschaft mit

Zustimmung des Verletzten eine Abfindung eintreten lassen. Neu ist, daß die Berufsgenossenschaften Einrichtungen zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für Unfallverletzte treffen können. Mit Hilfe der Ärzte und dieser neuen Einrichtung wird die Kürzung oder Entziehung der Rente in Zukunft dann noch schneller wie heute erfolgen. Gesetzlich festgelegt ist auch, daß die Genossenschaft durch die Satzung allgemein, sonst bei Bedürftigkeit, dem Verletzten, der in einer Heilanstalt untergebracht ist, und seinen Angehörigen eine besondere Unterstützung gewähren kann. Dies ist namentlich dort sehr angebracht, wo der Verletzte in Heilanstalten seine eigene Kleidungsstücke tragen muß und diese dabei erheblich abnutzt.

Zur Beratung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften werden Vertreter der Versicherten gewählt. Diese nehmen alljährlich zu den Berichten der technischen Aufsichtsbeamten Stellung und können Maßnahmen mit anregen, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen. Die Vertreter werden von den Beisitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Trotzdem die Überwachung der Betriebe noch ungenügend ist und die Unfallverhütungsvorschriften, namentlich in den landwirtschaftlichen Betrieben, mehr wie alles zu wünschen übrig lassen, darf das Reichsversicherungsamt auf Beschluß des schwarz-blauen Blocks die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften nicht einmal zum Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften anhalten. So hat man überall auf die Unternehmer die „gebührende“ Rücksicht genommen. (Schluß folgt.)

Über Ursachen und Folgen der Wohnungsnot

hat sich Graf Posadowsky auf dem Wohnungskongress in Leipzig folgendermaßen ausgelassen: Von den großen Kulturländern Europas hat Deutschland die verhältnismäßig stärkste Bevölkerungszunahme. Und dieser große Bevölkerungszuwachs drängt nach den Großstädten. Während zum Beispiel Berlin im Jahre 1650 nur 5000 Einwohner und Paris schon mehr als 200000 Einwohner zählte, wird Groß-Berlin schon in wenigen Jahren ebensoviel Einwohner haben wie Groß-Paris innerhalb des Seinedepartements. Man entdeckt fast täglich Wohnungszustände, die auf alten Bau- und Verwaltungssünden beruhen. Ich nehme aus dem überreichen Material nur Bezug auf die Wohnungssequenzen der Ortskrankenkasse der Kaufleute zu Berlin, auf die Berliner städtische Wohnungsstatistik, auf die Berichte der Dresdener Stadtmission, auf die Schilderung

als einer von einer feuernden Sektion, um das Todesurteil an einem Helden oder Wohltäter zu vollstrecken, er feuert die Kugel, die das edelste Herz durchbohren wird, was jemals geschlagen in menschlicher Brust.

Ein guter Soldat ist eine blinde, herzlose, seelenlose Mordmaschine. Er ist kein Mensch. Er ist nicht einmal eine Bestie; denn eine Bestie tötet nur in Selbstverteidigung. Alles, was menschlich in ihm ist, alles was göttlich in ihm ist, alles was den Menschen konstituiert, ist hinweggeschworen, sobald er seine Anwerbungsliste genommen. Sein Verstand, sein Bewußtsein, seine Seele sind in die Macht seiner Befehlshaber übergegangen.

Polizisten, Sheriffs und Marschälle sind genau so wie die Soldaten, so weit es Euch anbetrifft.“

Wie schon gesagt, sind die Unions noch weit zurück auf politischem Gebiet, um zu erkennen, wohin sie gehören, grade so sehr aber die übrigen Arbeiter; dagegen schlägt sich der Sozialismus bei den kleinen Farmern durch, weil diese die Genasführtesten sind. Diese werden wir uns später einmal näher ansehen, sowie verschiedenes andere. Vorläufig wollen wir uns noch eine Aufstellung aus „The Intercalifornian“, die im ersten Jahrgang, der in Fresno erscheinenden sozialistischen wöchentlichen Zeitung, ansehen. Es heißt dort: „Was ist denn los, mit uns Genossen?

Sozialist. Stimmenzahl in U. S.	1908 = 420 793
„ „ „ U. S.	1910 = 542 677
„ „ „ California	1908 = 28 659
„ „ „ „	1910 = 47 819
Zuwachs 66,9% oder 19,160.	

Mithin von dem ganzen Zuwachs der Ver. Staaten brachte Kalifornien 15,7% oder 1/6 auf.

Aufgestellt in einer andern Weise: Von dem ganzen Gewinn hat unser Staat (Kalifornien —

mit einer Einwohnerzahl von 2377 543) 19 160 Stimmen aufgebracht, das sind 15,7% oder 1/6 vom ganzen Zuwachs. 45 Staaten mit einer Einwohnerzahl von zusammen 91 024 602 brachten auf 102 724 Stimmen Zuwachs, das sind 84,3% oder 5/6 des ganzen Zuwachses.

In 45 Staaten ist die soz. Stimmenzahl wie 1 zu 168.

In Kalifornien wie 1 zu 49.

Genossen, wie macht Euch das fühlen? Faßt zu! Kalifornien ist unser in 1912 oder 1914.

Welches soll es sein? Es ist grade wie Ihr sagt.“

Daraus seht Ihr, daß wir hier auch marschieren.—

Nun wird es endlich Zeit, daß dieser Brief fort kommt. Angefangen ist er schon lange, doch durch Umzug und andere Kleinigkeiten, die damit in Verbindung stehen, wie meine neue Beschäftigung usw., verzögerte sich die Vollendung.

Mir geht es jetzt ganz gut. Habe mir 2 Pferde gekauft und bearbeite nun Obst- und Weingärten bez. Felder, in Akkord und Tagelohn. Verdiane ganz gut dabei. Die Arbeitszeit ist hier, westlich von Fresno, neunstündig. Wenn ich nun erst ein wenig durch die größte Arbeit bin, werde ich meinem Versprechen dann schon nachkommen können. Auch werde ich bald die Beiträge für dieses Jahr einsenden.

Freund K. ist immer noch der alte. Auf meinen Wunsch sendet er keine Zeitungen mehr, dafür aber andre mich interessierende Leseartikel. Meine Ansicht betreffs der Zeitungen ist diese: Ich erkenne die Mühe und Erkenntlichkeit meines Freundes an; da ich aber hier für ein Duplikat keine Verwendung habe, so ist das eine aus Proletariatschen fließende Bereicherung des Staates (durch das Porto), welche verhütet werden kann, dagegen aber für höhere Ziele (moderne Arbeiterbewegung) verwendet einen namhaften Nutzen abwerfen würde.

Der sich nach mir erkundigende Koll. P. arbeitete in Homburg vor der Höhe, in dem stets mit Gehilfenfieber behafteten „Englischen Garten“ der Frau Brünning, während ich bei dem stets knappen „Wilhelm Knapp“ arbeitete; er war ein guter Freund von mir und meinem verstorbenen Bruder, dessen Tod ich ihm mitteilte, weiß aber nicht, ob er die Anzeige auch erhalten hat, da ich noch keine Antwort habe. Früher hat er öfter mal geschrieben, doch mit der Zeit schlief es ein.

Wie die Welt, so geht die Zeit, und man hört und sieht immer wieder neue Sachen.

Mein Freund Franzose, ein Weinhändler, sagte in einem Gespräch neulich zu mir: „In 2 bis 3 Jahren wird die größte Krisis hereinbrechen, die jemals dagewesen.“ Also in Handelsgeschäftskreisen weiß man schon ziemlich genau die Zeit, und für den Lohnarbeiter kann es ein Warnsignal sein. Wenn man die Dinge und Ereignisse so vor geistigem Auge vorbeiziehen läßt, kann man es sich schon erklären.

Von Deutschland erwartet man, auch hier, eine gehörige Abrechnung der Raubzügler durch die Sozialdemokratie bei der kommenden Reichstagswahl.—

In Mexiko kämpft ein Volk um die Freiheit oder besser, für den Sturz der despotisch-tyrannischen Regierung des absoluten Dias, das Werkzeug der von den amerikanischen Geldmagnaten gestohlenen Republik Mexiko, während dessen Regierung 60000 politische Gefangene erschossen wurden und außerdem das ganze Land verklavt ist. Die Wahl des Präsidenten war bisher eine Militärgewaltswahl. Bei dieser Bewegung hat sich unser Präsident auch ein Denkmal gesetzt oder sein Grab gegraben, durch seine eigenmächtige Truppenbewegung nach dem Süden, die den Steuerzahlern einige Millionen kosten wird.— Und hier in Amerika geht es auch vorwärts. Vor kurzem hat Berkeley in Kalifornien als zweite

Professor Dr. Eberstadts in den „Preußischen Jahrbüchern“ von den Wohnungszuständen der Arbeiterwohnhäuser in Spandau. Ich verweise endlich, um unsre süddeutschen Reichsgenossen nicht zu übersehen, auf die traurigen Wohnungszustände in München. Die Statistik lehrt einen Rückgang des Geburtenüberschusses und namentlich einen schnellen Rückgang der weiblichen Fruchtbarkeit. In Berlin betrug zum Beispiel dieser Rückgang der weiblichen Fruchtbarkeit innerhalb der drei Jahrzehnte von 1876 bis 1905 mehr als 40 Prozent. Wir scheinen uns in der Tat in den Großstädten dem so oft verurteilten Zweikindersystem zu nähern. Dabei wächst gleichzeitig die Verhältniszahl der unehelichen Geburten. Der ungünstige Einfluß des großstädtischen Zusammenlebens auf die Wehrfähigkeit ist erwiesen. Obgleich die landwirtschaftliche Tätigkeit schon wegen ihrer klimatischen Abhängigkeit günstigere Vorbedingungen für die Wehrhaftigkeit liefert, so ist doch infolge Unterernährung ein ständiger Rückgang der körperlichen Tauglichkeit für den Heeresdienst auch bei der ländlichen Bevölkerung von Jahr zu Jahr bemerkbar. Es entstand neben dem natürlichen und noch immer anhaltenden Wachstum unsrer Bevölkerung ein fortgesetzter Zuzug nach den Großstädten, eine örtliche Überlastung, welcher der Bau von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung vielfach nicht gefolgt ist. Diese minderbemittelte Bevölkerung findet zumteil keine ausreichenden kleinen Wohnungen, oder sie vermag die durch die enorm gestiegenen Bodenpreise und die Häuserspekulation emporgeschwellten Mieten nicht zu erschwingen. Wenn man bisweilen liest, daß in den Großstädten Tausende von Wohnungen leer stehen, so sind das meistens nicht Wohnungen für die untere Klasse; ein wesentlicher Druck auf die Mieten pflegt auch durch eine solche Flaue nicht geübt zu werden, weil durch die hohen Erstehungskosten der Bauten und ihre hypothekarische Belastung eine wesentliche Ermäßigung der Mieten ausgeschlossen ist. So sucht der kleine Mann die Mietausgaben seines Jahreshaushalts herabzudrücken, indem er sich mit seiner Familie in den denkbar kleinsten Räumen zusammenpreßt und womöglich noch Zimmermieter und Schlafgänger aufnimmt. Hierdurch entsteht die Erscheinung, daß, je geringer die Miete, desto größer die menschliche Belastung, des Rauminhalts. Kinderlosigkeit wird da zur fürchterlichen Last, Unsittlichkeit zur notwendigen Folge des fast tierischen Zusammenlebens von Familie und Fremden. Die Übertragung von physischen und sittlichen Ansteckungsstoffen ist die unvermeidliche Folge dieses Wohnungselends, und fortschleichende Krankheiten und verbrecherische Neigungen, Siech-

Stadt in Amerika einen sozialistischen Bürgermeister durch die Wahl erhalten. Milwaukee als die erste Stadt mit Emil Seidel machte den Anfang, und im Kongreß sitzt als erster und bis jetzt einziger Victor Berger. Im nächsten Jahre bei der Wahl wird man denn auch allerhand erleben.

Da kann es denn auch nicht wunder nehmen, daß man diesem Streben nach Freiheit und Licht von kapitalistischer Seite Einhalt zu verschaffen versucht.

Hieß es doch in „The Bankers Magazine“, (eine bewachte Auflage, nur für Bankiers) in seiner März-Nummer 1892 unter anderem:

„Kapital muß sich selbst beschützen in jedem möglichen Weg durch Kombination und Legislation. Die Gerichte müssen zu unsrer Hilfe gerufen werden, Schulden müssen inkassiert, Schuldenverschreibungen und Hypotheken für verfallen erklärt werden.“

Wenn durch einen Gesetzesprozeß das Volk seine Heime verloren hat, wird es langsamer und wird leichter regiert durch die Einwirkung des starken Armes einer Regierung, angewendet von einer zentralisierten Macht des imperialen Reichthums unter der Kontrolle der leitenden Finanziers. Ein Volk ohne Heim wird sich nicht zanken mit seinen Beherrschern.“

Ganz ungeachtet des Alters dieses Edikts von den Geldmagnaten, ihre Politik ist noch jetzt dieselbe oder sie ist noch ärger.

Doch die Entwicklung führt zum Sozialismus und wird auch diesen Wall street-Ungeheuern den den Hals brechen.

Der Sieg ist unser! Mit herzlichem Glückwunsch und Gruß an Alle

Hans Linshöft.

tum und Entartung von Körper und Seele werden in diesen überlasteten Wohnungen erzeugt und erzeugen sich stets von neuem in diesem giftigen Dunstkreis.

Meinungsaustausch über die Frage: Versammlungsreform.

I.

Eine durchgreifende Reform des Versammlungswesens, gestützt auf die skizzierten Grundlagen des Artikels in Nr. 24 unsrer Zeitung, wäre nur zu begrüßen.

Nach meiner Ansicht ist eine Forderung vergessen worden. Es ist dies das Verbot des Rauchens in den Versammlungen. Über dies Thema ist schon so viel geschrieben und gesprochen worden, daß es sich erübrigt, dies zu begründen. Ich verweise auf die treffenden Ausführungen, die Kollege Heck in Nr. 25 unsrer Zeitung in dem Artikel: „Naturgemäße Lebensweise“ macht.

Die Forderungen, die zur Reform aufgestellt werden, sind gewiß berechtigt, aber leider nicht so leicht durchführbar. Es ist uns wohl allen klar, daß der Versammlungsbesuch durch die Ausgaben für Getränke beeinträchtigt wird, und daß die Bedienung für die Versammlung störend ist. Auch das unpünktliche Anfangen der Versammlungen, das Zuspätkommen und die lange Ausdehnung sind Uebelstände, die in vielen Verwaltungen direkt zur Mode geworden sind.

Die letzteren findet man aber meistens in kleineren Verwaltungen, es sind daran auch andre Umstände schuld. In größeren Verwaltungen ist die Bezirkseinteilung eingeführt, und die Kollegen wohnen in der Nähe des Lokals. Sie werden dort auch eine kürzere Arbeitszeit haben. Ferner sind die Verkehrsmittel besser als in der kleineren Stadt. In letzterer muß man auf dies alles Rücksicht nehmen. Dort, wo alles durchführbar, liegt es meistens an der Leitung. Versammlungen sofort nach Feierabend anzusetzen, wird wohl bloß bei Betriebsbesprechungen möglich sein.

Die ersten Uebelstände sind aber überall vorhanden. Ich glaube, daß diese auch schlecht wegzubringen sind. Man wird da wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. Die angemessene Entschädigung wird wohl zu hoch werden. Verwaltungen mit großem Kassenbestand können diese Belastung wohl tragen; aber die es nicht können? Extrabeiträge erheben, ist auch unmöglich.

Bei öffentlichen Versammlungen ein Eintrittsgeld erheben, ist bei uns ebenfalls nicht durchführbar. Es wird also bloß den Verwaltungen möglich sein, die über die nötigen Mittel verfügen. Leider! Denn der schlechte Versammlungsbesuch in den kleineren Verwaltungen ist am meisten fühlbar.

Die Gemeinden werden uns wohl, wenigstens in Preußen, kein Entgegenkommen zeigen. Wir sind wie immer auf die Selbsthilfe angewiesen. Unsre Gewerkschaftshäuser bringen in dieser Sache auch nicht viel Besserung.

Während also in den leistungsfähigen Verwaltungen diese Reform leichter durchführbar ist, müssen die noch nachhinkenden sich mit aller Macht auf die Agitation werfen. Je mehr Mitglieder, desto mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit. Je mehr Lohn, desto leistungsfähiger in Bezug auf Beiträge. Je kürzere Arbeitszeit, desto mehr freie Zeit zum Besuch der Versammlungen.

Karl Stenzel, Breslau.

II.

Wohl jeder organisierte Gewerkschafts- (wie auch Partei-) genosse muß es mit Freuden begrüßen, wenn in unsrer großen Arbeiterbewegung sich neue Strömungen bemerkbar machen, die darauf hinausgehen, auch unser Versammlungswesen zu reformieren, um dadurch unsre Versammlungen wirkungsvoller zu gestalten. Wir Gärtner, die wir sonst in Betreff unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse, noch weit hinter andern Berufen zurückstehen, müssen unbedingt dahin wirken, daß unsre Kollegen mehr denn je an die Versammlungen gefesselt werden; sie dürfen nicht durch sanften Zwang ihrer Mitkollegen die Versammlungen besuchen, sondern ein innerer Drang muß jeden in die Versammlung führen.

Wie können wir nun das Interesse für unsre Versammlungen heben? Ganz richtig sagt der Artikelschreiber im „Corresp.-Bl.“ und unsrer Zeitung: „Wir müssen auf eine Verbilligung hinwirken“; denn wir sind uns klar darüber, daß Versammlungen und Zusammenkünfte jeder Art zuviel Geldausgaben verursachen. Hier haben wir, abgesehen von der schlechten Bezahlung einiger Berufskategorien, auch die Hauptursache, daß

unsre Frauen zum großen Teil allen Versammlungen feindlich gegenüberstehen. Aus diesen Gründen kann ich mich mit den aufgestellten Leitsätzen 1, 2, 3, 4 und 4a vollständig einverstanden erklären. (Ich verweise auf Nummer 24 unsrer Zeitung oder „Corresp.-Bl.“ Nummer 19, 13. Mai 1911.) Mit „Ab“, wo es: „für öffentliche Versammlungen“ heißt: „durch ein die Unkosten deckendes Eintrittsgeld“, so kann ich mich nicht einverstanden erklären, und zwar aus dem Grunde nicht, weil durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit oder auch durch sonstige Vorfälle unbemittelte Kollegen gradese gezwungen sind fernzubleiben, als jetzt durch den Trinkzwang. In öffentlichen Versammlungen wollen wir immer Massen sehen; diesen Zweck würde das Mittel „Eintrittsgeld“ ohne Trinkzwang auch nicht erreichen. Besser wäre es vielleicht, wenn anstatt einheitlichen Eintrittsgeldes nach Schluß der Versammlung eine Teilersammlung stattfände, sodaß es jedem freistünde zu geben oder nicht zu geben. Wer nichts hat, gibt nichts; wer in besseren Verhältnissen steht, gibt einen Nickel mehr, dann gleicht sich das aus.

Ich verweise auf Satz 5 und 6 des Artikels (Korresp. Bl. Nr. 19), da heißt es ausdrücklich: „wo die Voraussetzungen gegeben sind“; ja, die sind gegeben in Groß- und Fabrikbetrieben, weil hier die Arbeiter geschlossen zur Versammlung gehen können; aber bei uns, ebenso wie in andern Berufen, wo die kapitalistische Produktionsweise noch nicht so weit vorgeschritten ist, ist dies nicht angebracht, weil die kleinen Betriebe weit zerstreut liegen. Deshalb müssen die Versammlungen so gelegt werden, daß es jedem möglich ist, diese zu besuchen, und dies wird sich immer auf die örtlichen Verhältnisse beziehen, oder nach denselben richten.

Ein pünktliches Beginnen und Schließen der Versammlungen ist erforderlich; deshalb müssen wir auch über die Ausgestaltung sprechen. Die Versammlungen interessant zu gestalten, ist noch notwendiger wie die Verbilligung. Vor allen Dingen muß stets Rücksicht auf die Zuhörer und Teilnehmer genommen werden. Kurze gute Vorträge mit Abwechslung von Referenten und Vortragsthemen werden ihren Zweck nie verfehlen, Massen heranzuziehen. Spricht ein Redner länger als $\frac{3}{4}$ Stunden, wird es in den meisten Fällen ermüdend auf die Zuhörer einwirken, meistens gehen dann die Zuhörer nachhause und haben viel gehört und wenig behalten. Umgekehrt soll es sein. Ebenso müssen sich in der Diskussion Dauerredner einschränken, um die Versammlung nicht unnötig in die Länge zu ziehen.

Erwähnenswert ist auch noch, daß wichtige Punkte als ein Punkt in der Tagesordnung erledigt werden müssen.

Wenn wir in diesem Sinne unsre Versammlungen reformieren, wird sicher die Besucherzahl gehoben, und das Wichtigste hierbei ist: Jeder findet geistige Nahrung und Befriedigung.

Emil Merscheid, Frankfurt a. M.

Praktische Sozialpolitik auf Berliner Friedhöfen.

Unter diesem Titel finden wir in der „Berliner Volkszeitung“ folgenden Artikel:

„Auf dem alten Nazarethfriedhof in der Seestraße ist unter anderem ein Vorarbeiter beschäftigt. Er ist jetzt 46 Jahre im Dienst der Friedhofsgemeinde tätig; er erhält seit einigen Jahren einen Monatslohn von 150 Mk. Vor zwei Jahren erhielt er das Allgemeine Ehrenzeichen. Jetzt wurde nun diesem Vorarbeiter folgende Überraschung zuteil: Er muß vor einer Kommission von vier Herren unter Vorsitz des Pastors Wilke erscheinen, und es wird ihm mit dürren Worten folgendes mitgeteilt: Vom 1. Juli 1911 ab werden Sie auf dem neuen Friedhof beschäftigt und erhalten monatlich 100 Mk. Sollten Sie das nicht wollen, so müssen wir Sie entlassen: Es wird ein Schriftstück darüber vorgelesen, und der Vorarbeiter muß unterschreiben. Auf seine Einwendungen wird ihm nach einer Beratung der Herren gestattet, auf dem alten Friedhof zu bleiben. Daß einer der Herren meinte, in Fabriken würden solch alte Leute von 66 Jahren überhaupt nicht mehr beschäftigt, zeigt von dessen christlichem Mitgefühl. Ebenso die Bemerkung: Pension gibt es nicht. Nach 46jähriger treu erfüllter Dienstzeit ohne jedwede Namhaftmachung von irgend welchen Gründen wird dem Mann einfach ein Drittel seines Lohnes gekürzt und ihm gesagt: „Du nimmst oder du gehst“. Dieser Vorarbeiter macht seine Arbeit genau so gut wie ein anderer Arbeiter. Aber er ist ja eben nur Arbeiter der Nazarethgemeinde. Als der Herr Rechnungsrat

und Rendant die Gelder der Nazarethgemeinde unterschlagen hatte und eine Revision wochenlang hinhielt, so daß sogar die Friedhofsarbeiter ihren Lohn acht Tage später erhielten, da besaß der Gemeindegemeinderat nicht die Energie, gleich zu Anfang zu fordern: Geld und Bücher her! Die Arbeiter durch dessen Arbeit jene Summen mitverdient waren, erhält jetzt den Dank dafür. Es ist das große Loch im Säckel der Berliner Stadtsynode, das durch solche Mittel gestopft werden soll. Ist dies der richtige Weg?"

Die hier geschilderte Behandlung des Arbeiters entspricht der allgemeinen Behandlung von Arbeiterfragen auf den Berliner Synodalfriedhöfen. Die „neue Arbeitsordnung“ des geschäftsführenden Ausschusses der Berliner Stadtsynode macht sich bemerkbar. Durch diese Arbeitsordnung sollen die Löhne eines Teiles der Friedhofsarbeiter dadurch aufgehoben werden, daß dem andern Teil der Arbeiter Abzüge gemacht werden oder daß weniger Arbeiter beschäftigt werden sollen. Eine derartige Form von Sozialpolitik ist eine Verhöhnung der Arbeiterforderungen, die im Herbst vergangenen Jahres aufgestellt wurden. Auch bis heute hat der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Stadtsynode es nicht für nötig gehalten, was sonst unter anständigen Menschen üblich ist, den Absendern der Eingaben vom vorigen Jahre eine Antwort zu erteilen, noch viel weniger die Erfüllung der Arbeiterwünsche vorzunehmen.

Die Wünsche der Arbeiter werden erst dann in Erfüllung gehen, wenn sie aufgehört haben, Wünsche zu sein, wenn sie Forderungen geworden sind. Forderungen, die dann auch mit Nachdruck vertreten werden. Dazu brauchen auch die Friedhofsarbeiter die gewerkschaftliche Organisation, und darum müssen sie Mitglied werden in der Sektion der Friedhofsarbeiter des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins.

Unser Erfolg für die Friedhofsarbeiter in der Reichsversicherungsordnung.

Die Reichsversicherungsordnung, über deren endgültige Gestaltung wir jetzt in mehreren Artikeln berichten, drohte neben den allgemeinen Nachteilen und Schädigungen, die sie der Arbeiterschaft gebracht, den Gärtnereingestellten und Arbeitern noch mancherlei Sonderbenachteiligung an; ebenso den Arbeitern auf Friedhöfen. Infolge mehrfacher vom A. D. G. V. an den Reichstag gerichteten Eingaben gelang es aber, die wichtigsten dieser Schädigungen für die gelernten Gärtner und Gärtnergehilfen auszumerzen.

Noch bei Gelegenheit der Lesung dieses Gesetzes setzte der A. D. G. V. mit einer neuen Eingabe ein, die sich vor allem der Friedhofsarbeiter annahm und dem Zwecke dienen sollte, die Friedhofsarbeiter mit den Gärtnern gesetzlich so zu stellen, daß ihre Rechtsansprüche in Sachen der Unfall- und der Krankenversicherung mit den Rechten der gewerblichen Arbeiter gleichgestellt werden sollten. (Der Wortlaut dieser Eingabe ist abgedruckt in Nr. 11 dieser Zeitung.)

Hat dieser letzte Vorstoß uns nun noch einen Erfolg gebracht? Jawohl!

Hinsichtlich der Unfallversicherung ist es allerdings bei den durch die Kommissionsbeschlüsse schon früher festgelegten Bestimmungen verblieben; das heißt eine Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern erfolgt hier nur für die Gärtner und Gärtnergehilfen, während die Garten- und Friedhofsarbeiter da einfach den landwirtschaftlichen Arbeitern an die Seite gestellt bleiben.

In der Krankenversicherung hatten die „Vorzugsstellung“ zunächst nur die „in der Gärtnerei Beschäftigten“ erhalten. Infolge unseres letzten Eingreifens ist diese Bestimmung bei der Endabstimmung nun auch noch auf die „im Friedhofsbetrieb Beschäftigten“ ausgedehnt worden. Das heißt: auch die Arbeiter dieser Betriebe werden nun nicht den Landkrankenstellen überwiesen, sondern verbleiben in den Ortskrankenstellen, und die auf Friedhöfen tätigen Gärtner und Gärtnergehilfen können der „Krankenkasse für deutsche Gärtner“ angehören und werden damit von der Pflicht, einer andern Krankenkasse sich anzumelden, befreit.

Man erkennt hieraus, daß bei der Gesetzgebung noch in jedem Stadium Erfolge herauszuschlagen sind, wenn die gewerkschaftliche Organisation auf dem Posten ist und zu der richtigen Zeit ihre Argumente in die Wagschale wirft.

In einem späteren Artikel werden wir die Stellung der Gärtnereingestellten und -arbeiter

nebst der Friedhofsarbeiter in der Reichsversicherungsordnung noch ausführlicher behandeln.

Gärtnergehilfenbehandlung auf einem hinterpommerschen Gut.

Auf dem Rittergut Verchland bei Stargard in Pommern (dem Oberleutnant J. von Witzlow gehörig), erlernte ein Kollege Sch. die Gärtnerei und verblieb daselbst nach Beendigung der Lehrzeit als Gehilfe. Am Himmelfahrtstage d. Js. steckte sich dieser Kollege nebst noch 2 Lehrkollegen eine Rose an und ging so ins Dorf. Am folgenden Tage kam Herr von Witzlow, der auf einem Spazierritt die Rosen gesehen hatte, zu Sch. und beschuldigte ihn des Diebstahls. Sch. verteidigte sich hingegen, indem er dem Gutsherrn erklärte, daß von Diebstahl doch keine Rede sein könnte, da die Rosen doch von einem abgebrochenen Zweig entnommen und wertlos seien. Darauf erfaßte Herr von W. den Arm des Kollegen Sch. und verarbeitete dem „Dieb“ kräftige Hiebe mit der Reitpeitsche. Sch. ging hierauf zum Obergärtner und legte sofort die Arbeit nieder. Der Obergärtner sagte zu dem Kollegen Sch. er solle tun, was er für richtig halte. Da näherte sich von W. wieder und stellte an Sch. die Forderung, in Zeugengegenwart zu erklären, entweder weiterzuarbeiten oder andernfalls auf sein Gehalt zu verzichten. Sch. jedoch ging auf diese Forderung nicht ein, sondern legte die Arbeit nieder und schickte sich an, fortzugehen. Gleichzeitig wurde er von Herrn von W. nochmals zurückgerufen; dabei machte Kollege Sch. die Bemerkung: „Wir sind hier doch keine Räuber“. Sch. blieb stehen und sagte, er könne nicht weiter arbeiten, weil sein Arm entzwei sei. Hierauf erwiderte von W.: „Mit dem Ding von Reitpeitsche kann man doch niemandem den Arm kaput schlagen“; dabei trat von W. näher und verarbeitete den Sch. nochmals 3 Hiebe.

Nun entfloß Sch. und fuhr nach Stargard zum Arzt, von dem er sich ein Krankenattest ausstellen ließ. Alsdann begab sich Sch. nach Stettin zu seinen Eltern.

Unterdessen ging von W. zum Obergärtner und sagte: „Gärtner, Sie habens doch gehört, daß Sch. auf sein Gehalt verzichtet hat.“ Der Obergärtner erwiderte, daß er derartiges nicht gehört habe. Herr von W. bequeme sich nunmehr dazu, Sch. das Gehalt bis zum Tage des Wegganges nachzuschicken.

Im übrigen ist gegen von W. Anzeige erstattet. Man braucht nun aber nicht glauben, daß solche Sachen auf dem Gute zu den Seltenheiten zählen; ohne Reitpeitsche und geladener Schußwaffe sieht man von W. selten einhergehen, und schon mancher hat mit diesen Sachen Bekanntschaft machen müssen. Herrn von W. stehen aber genügend Geldmittel zur Verfügung, um Ausschreitungen dieser Art irgendwie wieder zu „verdecken“ und hat demgemäß bis jetzt weder Huhn noch Hahn danach gekräht. G. H., Stettin.

KORRESPONDENZEN

Kissingen (Bad). An die Kissinger Kollegen! Die Zeit, wo die Kissinger Geschäftsleute und hauptsächlich auch die Arbeitgeber in unserm Berufe, ihren ungründlichen Geldsack für den Winter und für spätere Zeiten füllen, hat mit Macht eingesetzt. Haben auch die Arbeitnehmer für den Winter gesorgt? Verdienen sie so viel, die im Herbst oder gar schon im Sommer ausgestellt werden, um im Winter jede Nahrungssorgen zu entbehren? Sie müssen gewiß mit einem Nein antworten? Können uns aber unsere Arbeitgeber nicht besser entlohnen? Gewiß!

Daß unsre Arbeitgeber viel Geld verdienen, zeigt schon ein Beispiel der letzten Versteigerung in den Verkaufsstellen für Blumen am Kurgarten. In den früheren Jahren war der Preis 250 900 Mk.; jetzt sind diese auf das Doppelte, manche um das Dreifache gestiegen: von 600—1600 Mk. Da haben unsre Arbeitgeber also Geld, sich in dieser unsinnigen Weise zu überbieten. Die Taxen für die Verkaufsstellen sind manchmal um das Dreifache überboten worden; bei der einen waren 400 Mk. die Taxe, und bis auf 1200 Mk. trieb man sich hinauf! Sind das keine klaren Beweise, daß unsre Arbeitgeber Geld verdienen?

Wenn sich unsre Arbeitgeber im Lohn zahlen so überbieten würden, könnte man vor ihnen den Hut ziehen. Aber auch hier gilt, wie in andern Städten der Grundsatz: am Lohne muß gespart werden!

Auf die näheren Verhältnisse im Bad Kissingen eingehen, würde zu weit führen, diese sind ja auch

einigermaßen bekannt. Wenn auf die Annonzen in den Fachblättern sich keiner mehr meldet, wird der „Breslauer General-Anzeiger“ in Anspruch genommen, um die schlesischen Kollegen nach dem schönen Weltbade zu locken. Bei einer Arbeitszeit von 4 Uhr früh bis abends 7 Uhr, für 25—35 Mk. monatlich, können sich selbst die an die Knechtschaft Gewöhnten nicht wohl fühlen. Nach etwas Freiheit sehnen sich selbst die indifferentesten Kollegen.

Die Kost- und Logisverhältnisse sind sehr schlecht, schlechter als solche schon in der A. D. G. Z. von einzelnen Firmen geschildert wurden. Andere als Kellerwohnungen, wo im Winter Obst aufbewahrt wird und sich der Abort befindet, wie man sie bei den Gärtnern antrifft, ist hier Regel. Was die Kost anbetrifft, so ist diese nicht besser; in einzelnen Gärtnereien geht es ja so leidlich; am schlechtesten ist sie in den herrschaftlichen und Hotelstellungen. Hat ein Hotelier doch selbst zugegeben, daß die Kost pro Person seines Personals nicht mehr als 30 Pfennig im Tage wert sei! Mit 1,50 Mk. wird sie aber angerechnet.

Würden die Kissinger Gehilfen und Gartenarbeiter ihre schlechte Lage erkennen, wären die Tage solcher Mißstände gezählt. Es fängt ja an zu gären. Beweist jetzt, Kollegen, daß Ihr freie Männer werden und frei denken wollt. Tretet in unsre Reihen ein, scharf Euch um unsre Fahne. Steckt Euch ein Ziel! Lest die Allg. D. G.-Zeitung, und erscheint zu den Versammlungen (in Liebeskind's Bierkeller), die alle Samstage nach dem 1. und 15. im Monat stattfinden. Da wird Euch zum Bewußtsein gebracht, was der Mensch braucht, um als Mensch halbwegs leben zu können. Holt ein, was in diesem Jahre versäumt worden ist, macht es Euren andern Kollegen nach! Was sich die erzwungen haben, können wir in Kissingen mit Leichtigkeit auch erreichen, wenn wir eine geschlossene Masse bilden. Zu einem Lohnkampf brauchen wir aber auch eine geschulte Masse. Darum muß ein jeder, der es ernst meint, seine Lage zu verbessern, jetzt in unsre Reihen treten, damit er die nötige Disziplin und Kampfweise lernt. Schließt Euch zusammen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Ihr müßt danach trachten, im Sommer so viel zu verdienen, um im Winter nicht hungern zu müssen; im Winter kennen Euch Eure Arbeitgeber doch nicht. Seid keine Feiglinge! Auf unsre Kraft sind unsre Arbeitgeber angewiesen, ohne uns können sie nichts verrichten; dafür sollen und müssen sie uns anständig entlohnen, uns wenigstens geben, was wir zum Leben brauchen. Seid einig, Kollegen, daß wir eine Macht bilden. Schließt Euch dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein an, dann werden wir bald erlangen, was wir brauchen, um einer sicheren Zukunft entgegen gehen zu können. Adolf Barthelmann.

Neuwied a. Rh. Noch einiges über die Firma Chr. Haupt. In Nummer 23 war die genannte Firma kritisiert, aber leider noch viel zu gelinde. Ich war selbst längere Zeit dort in Stellung und weiß genau, wie es dort zugeht. Herr H. hat schon bessere Löhne bezahlt und zwar 35 und 38 Mk. p. Monat. Dies wird ihm wohl zuviel gewesen sein, denn er selbst drückte sich aus: „Geld wollen sie haben, aber nichts schaffen“. Dabei gabs unbezahlte Überstunden, die sich manchmal auf fast die ganze Nacht ausdehnten, in Menge. Und zwar war dies bei Festlichkeiten wie: Landwirtschaftliche Ausstellung, 50jähriges Stiftungsfest eines Gesangsvereins, Todesfall Ihrer Durchlaucht der Fürstin zu Wied, 150jähriges Bestehen der Hasselsteiner Eisenwerke und sonstige Dekorationen, die Herr H. sich alle gut bezahlen ließ, aber nichts an die Gehilfen abgeben wollte. Ein interessanter Fall ist noch zu erwähnen. Einmal sollte abends 7/8 Stunde vom Geschäfte weg eine Dekoration gestellt werden. Es war 7/8 Uhr. Vor Abfahrt wollten wir essen, da es voraussichtlich 10 bis 11 Uhr werden mußte. Herr W. H. deutete uns an, wir könnten auch mal ohne Essen gehen. Natürlich muß dies Erbitterung geben. Wir gingen deshalb nicht zum Essen, sondern wollten unsern Arger mit Zechen vertreiben. Herr H. wird ja selbst am besten wissen, was für Nutzen er den andern Tag davon hatte.

Als Patriot scheint Herr H. die Gesetze schlecht zu kennen. Invalidenmarken klebt Herr H. nur 24 Pfg. wöchentlich. Krankenkasse muß der Gehilfe selbst zahlen, muß sich aber noch gefallen lassen, daß wöchentlich 12 Pfg. für Invalidenversicherung abgezogen werden.

Wäre die Firma finanziell schlecht gestellt, so würde man gerne ein Auge zudrücken. Dies ist

aber nicht der Fall, da Herr H. das beste Einkommen der Neuwieder Gärtner hat. Unter andern ist Herr H. auch Lieferant des Fürstlich Wied'schen Hauses, wo er jährlich seine Tausende herholt.

Kollegen, es kann nicht genug betont werden: Organisiert Euch! Dies ist das einzige Mittel, solche Zustände zu beseitigen.

LAGE DES ARBEITSMARKTES

Am 1. Juli waren in folgenden Städten arbeitslos gemeldet:

Barmen	8 Koll.	Hannover	16 Koll.
Berlin	45 "	Leipzig	6 "
Bremen	16 "	München	2 "
Cöln	4 "	Solingen	3 "
Dresden	5 "	Stuttgart	— "
Düsseldorf	7 "	Wiesbaden	1 "
Hamburg	27 "		

und Frankfurt, Mannheim haben nicht berichtet. Der Arbeitsmarkt liegt überall schlecht. Vor Stellenwechsel ohne zwingende Gründe ist dringend zu warnen. Vor Zuzug nach Bremen, Berlin, Hamburg, Hannover ist dringend zu warnen. — Hamburg hat Stellen nach der Provinz, in Leipzig ist ev. Stellung in der Handelsgärtnerei zu bekommen; in München arbeiten 28 Kollegen auf dem Bau.

LOHNBEWEGUNGEN UND STREIKS

Frankfurt a. M. Im Laufe des letzten Frühjahrs war es uns gelungen, in einzelnen hiesigen Firmen namhafte Verbesserungen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit zu erreichen. Wenn die Firmen dem Druck der Organisation widerwillig nachgaben, so glaubten sie jedenfalls mit Eintritt der sogenannten „Sauregurkenzeit“ die Kollegen wieder kirre machen und in ihren Geschäften die alten Zustände so nach und nach wieder einführen zu können.

Zu diesen Geschäften gehörte auch die Firma H. Berg, Eschersheimerlandstraße. Eines Tages wurde den dort beschäftigten Kollegen durch den Obergärtner bekanntgegeben, daß von nun an wieder die 11stündige Arbeitszeit eingeführt werde, und ebenfalls sollten die Überstunden und der Sonntagsdienst nicht mehr mit besonderem Aufschlag bezahlt werden; auch wurde den Kollegen noch durch eine dritte Person verkündet, daß eine Herabsetzung der Stundenlöhne auf dem Fuße folgen solle.

Der Obergärtner hatte aber seine Rechnung doch ohne den Wirt gemacht. Die Kollegen kümmerten sich nicht um diese Ankündigung, sondern arbeiteten eben in der bisherigen Weise ruhig weiter, da wurde ihnen kurzer Hand am Lohn tag erklärt: „Wer sich nicht fügt, der fliegt“. Sämtliche Kollegen erhielten die Kündigung.

Der Spieß wurde von uns umgedreht, und am anderen Tage lag die Gärtnerei öde und verlassen da, nur der Kutcher und die Lehrlinge übten sich noch in den Fächern der grünen Kunst.

In den hiesigen und auch in den auswärtigen Zeitungen wurden Gärtner und Gärtnerarbeiten in dauernde Stellung „zu höchsten Löhnen“ gesucht, aber vergebens; selbst die Polizei, die vor dem Geschäft postiert war, jedenfalls um die schnellst erwarteten nützlichen Elemente vor Berührung mit den Streikposten zu schützen, bekam nichts zu tun.

Es muß aber erwähnt werden, daß sich einzelne Schutzleute geradezu provozierend gegen unsere Kollegen benahmen; ob sie sich dadurch vielleicht einen Strauß Rosenblumen verdienen wollten? Oder glaubten sie dem Wortgeschwall des Obergärtners, der sogar (man höre und staune!) eine Revolverkugel (!) vorzeigte, mit der unsere — Streikposten geschossen haben sollten!

Zwei Streikbrecher, die sich einfanden, wurden wieder herausgeholt, und nun kapitulierte die Firma; denn die Lorbeeren usw. hatten schon Trauerschmuck angelegt. Nach viertägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen, wir hatten den Sieg davongetragen.

Hoffentlich zieht Herr Berg die Lehre daraus und läßt sich von seinem Obergärtner nicht wieder solche Räubergeschichten erzählen. Die Zeiten sind vorbei, wo man mit den Leuten schalten und walten kann, wie es einem beliebt. Wir harren der Dinge, die da noch kommen sollen. Wite.

Hamburg. Lohnbewegungen in der Stadtgärtnerei. Eine Versammlung unserer Sektion der städtischen Gärtner, hat folgende Forderungen aufgestellt und diese durch den Arbeitersausschuß der Behörde unterbreiten lassen:

1. Gleichstellung der Gärtner bezüglich des Lohnes mit den bei der Baudeputation beschäftigten Handwerkern.

2. Abschaffung der Bezeichnung „Gärtnergehilfe“, dafür ist allgemein „Gärtner“ zu setzen.

3. Bezahlung des Sonntagsdienstes mit 25% Aufschlag vom üblichen Lohn.

Begründung: Für die bei der Baudeputation beschäftigten Gärtnergehilfen beträgt der Anfangslohn 4,40 Mk. im Sommer, und 4,10 Mk. im Winter, steigend bis 4,70 Mk. resp. 4,40 Mk. Es wird in den Kreisen der Gärtner allgemein als eine Ungerechtigkeit empfunden, daß sie mit Malern, Schlossern, Schmieden und Schneidern nicht gleichgestellt sind, bei denen der Anfangslohn 5 Mk. resp. 4,70 Mk. steigend bis 5,30 Mk. resp. 4,90 Mk. beträgt. Die Gärtner sind Handwerker genau so wie die vorgenannten Berufe, sie mußten eine Lehrzeit von 3—4 Jahren durchmachen, ebenso dürfte die Vielseitigkeit der Ausbildung den andern Berufen nicht nachstehen. Dazu kommt noch als Hauptsächliches die jetzigen Löhne der Gärtner, vor allem die der noch im Tagelohn stehenden, sind völlig unzureichend zum Leben. Daß der Wunsch, den Handwerkern gleichgestellt zu werden, vollkommen berechtigt ist, dafür spricht auch schon, daß die Löhne der gewerblichen Landschaftsgärtnerei den Löhnen der Handwerker etwa entsprechen. Der Tariflohn in der Landschaftsgärtnerei beträgt hier z. B. für Vollgehilfen, das heißt alle, die hier 5 Monate arbeiten, pro Stunde 56 Pfg.

Eine alte Forderung der Gärtner ist, die Bezeichnung „Gärtnergehilfe“ fallen zu lassen. Einen tatsächlichen Sinn, vielleicht zur Bezeichnung von Rang- oder Lohnunterschieden hat sie nicht, denn es gibt „Gärtner“, die noch im Tagelohn stehen und schon länger bei der Baudeputation beschäftigt sind, als „Gärtnergehilfen“, die schon im Wochenlohn stehen. Dann kommt noch hinzu, daß doch auch bei den andern Handwerkern die Bezeichnung „Gehilfe“ fehlt, es heißt dort eben Maler, Schlosser usw. Auch in der Irenanstalt Langenborn und Friedrichsborg gibt es nur Gärtner. Ein Wichtiges muß in Betracht gezogen, daß nach den Bestimmungen der Hamburger Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Gärtnergehilfen als gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeiter angesehen werden und bei eintretendem Unfall ihre Rente nur nach dem Durchschnittslohn der landwirtschaftlichen Arbeiter berechnet würde, das hier wohl nicht mehr als 600 Mk. jährlich betragen dürfte. Nur Gärtner werden als sogenannte Facharbeiter geführt, und nur bei denen wird das tatsächlich verdiente Einkommen zur Rentenberechnung zugrunde gelegt. Dadurch könnte manche Familie, nur weil an einer bedeutungslosen Bezeichnung festgehalten wird, ohne Schuld enorm geschädigt werden.

Die Forderung, für Sonntagsdienst auf den üblichen Lohn einen Aufschlag von 25 Proz. zu erhalten, wird jeder für berechtigt halten, zumal die Gärtner bei der Deputation für Strom- und Hafenausbau das auch erhalten. Durch diese erhöhte Bezahlung dürfte auch das Interesse und die Verantwortlichkeit gesteigert werden, so daß in letzter Linie auch die Baudeputation Vorteil davon hat.

Wir ersuchen den Arbeitersausschuß also nochmals, diese Wünsche der Gärtner zu vertreten, damit schnellst diese so gerechtfertigten Wünsche erfüllt werden. Die Gärtner haben im Arbeitersausschuß keine Vertretung, und müssen wir uns auf diese Weise an Sie wenden.

Weimar. Durch eine erfolgreiche Lohnbewegung ist es unsern Weimarer Kollegen gelungen, die Löhne in der dortigen Stadtgärtnerei in diesem Frühjahr für Gärtner von 34 auf 39 Pfg. und für Arbeiter von 32 auf 35 Pfg. zu bringen. Im März wurde in einer Betriebsversammlung beschlossen, durch eine Eingabe seitens der Organisation folgende Forderungen zuständigen Orts einzureichen: Erhöhung des Lohnes um 5 Pfg. pro Stunde; Einsetzung eines Arbeitersausschusses und Lohnzahlung am Sonnabend (statt bisher am Dienstag). Dieses Vorgehen wurde dem Obergärtner von einem „Auchkollegen“ hinterbracht. Die Folge davon war, daß am nächsten Morgen allen Beschäftigten ein Revers zur Unterschrift vorgelegt wurde, der folgendes enthielt: „Kündigung findet nicht statt; Arbeitszeit ist im Sommer von 6—6 Uhr, im Winter von 7—5 Uhr; eine Lohn-erhöhung findet in absehbarer Zeit nicht statt; die bisher gezahlten Löhne sollen für dauernd anerkannt werden.“ Leider ließen sich die meisten Kollegen (bis auf 5) zur Unterschrift herbei. Den sich weigernden (darunter unser Vertrauensmann) wurde die Entlassung angekündigt. Durch Verhandlungen mit dem Obergärtner wurde dann aber die Streichung des Passus „dauernd anerkannt“ erreicht, worauf auch die 5 Kollegen die

Unterschrift leisteten und die Entlassungsandrohung damit aufgehoben war. Von Seiten unsres Vertrauensmannes wurde dann eine neue Eingabe an den Gemeindevorstand gerichtet, die unter Umgehung der Organisation als eine persönliche abgefaßt und von allen Beschäftigten (bis auf 2, die inzwischen „befördert“ waren und eine Zulage erhalten hatten) unterzeichnet wurde. Um mehr Aussicht auf Annahme der Forderungen zu erreichen, wurde von der Forderung „Einrichtung eines Arbeitersausschusses“ einstweilen Abstand genommen; die anderen Forderungen wurden beibehalten. In einer Gemeinderatssitzung wurde dann diese Eingabe behandelt und den Forderungen der Arbeiter zugestimmt. Eine Befürwortung erfuhr die Eingabe besonders durch den stellvertretenden Dezernenten, Herrn Stadtrat Heller, dem sozialdemokratischen Gemeindevertreter Baudert und dem — Obergärtner. Letzterer begründete das damit, daß die Arbeiter ihr eignes Werkzeug haben müßten und der Lohn im Winter, infolge der kürzeren Arbeitszeit, sehr gering sei. Auch Herr Stadtrat Heller begründete die Zustimmung zu den Forderungen damit, „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft wäre schon längst dazu geeignet gewesen, eine Erhöhung der Löhne zu rechtfertigen“. — Diesem sozialen Verständnis kann nur unsre Anerkennung gezollt werden.

Vorstehende Zeilen beweisen aufs neue, daß auch in kleinen und mittleren Städten bei einem festen Zusammenhalt aller in Frage kommenden Beschäftigten sich Erfolge herausholen lassen. Unsre Weimarer Kollegen haben in dem Falle gezeigt, daß und wie es gemacht werden kann.

Kollegen in allen Orten und Städten! Sollte Euch nicht gleiches gelingen? Habt Ihr schon den Versuch gemacht, oder ist Eure Lage nicht verbesserungsbedürftig? Die Erkenntnis Eurer gedrückten Lage erfordert es gebieterisch, alle Mittel zur Hebung dieser anzuwenden. Der Wille des einzelnen im Zusammenschluß mit allen andern geben Euch eine Macht, mit der Ihr alle berechtigten Forderungen zur Geltung bringen könnt. Diese Macht heißt: Organisation.

Bekanntmachungen.

— Sonntag, den 9. Juli, ist der Beitrag für die 28. Woche 1911 fällig.

— Ansichtskarten: Gegen den Kost- und Logiszwang ist Serie I in 3 Exemplaren erschienen. Die Verwaltungen erhalten die Karten zum Preise von 2,50 Mk. das Hundert. Im Verkauf kostet die Karte 5 Pfg. Bei Bestellungen ist der Betrag mit einzusenden. Die Karte eignet sich vorzüglich zur Agitation.

— Quartalsabrechnung betr. Alle Verwaltungen haben in dieser Woche Abrechnungsformulare erhalten. Wir ersuchen nun, die Abrechnungen möglichst schnell zusammenzustellen, damit wir bis zum 10. Juli diese in Händen haben.

— Verbandsplakate haben im Laufe der Woche sämtliche Verwaltungen erhalten. Wo diese nicht ausreichen sollten, können weitere von uns nachbezogen werden.

— Arbeitslosenstatistik. Die Vorstände der Verwaltungen werden aufgefordert, die Karten über die Arbeitslosenstatistik sofort abzusenden, auch wenn keine Arbeitslosen am Ort waren.

— Hamburg. Ausflug nach dem Rosengarten (Carlstein), Tagestour. Am Sonntag, den 16. Juli. Treffpunkt Hauptbahnhof, Eingang Schauspielhaus, morgens 7 Uhr.

Die Kollegen werden gebeten, Essen für den ganzen Tag mitzubringen.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

— München. Die Kollegen des neuen Botanischen Gartens veranstalten am 16. Juni 1911 einen Familien-Ausflug nach dem Gebirgsort Tegernsee-Schliersee.

Abfahrt morgens 5.07 ab Hauptbahnhof. Rückfahrt gegen 10 Uhr abends. Fahrpreis 2,40 Mk. Proviant mitnehmen.

Zu dem Ausflug, der für Gärtner sehr viel Interessantes bietet, sind sämtliche Mitglieder der Ortsvereine München und Umgebung eingeladen. Treffpunkt 4³/₄ Uhr vor dem Hauptbahnhof. Weitere Auskunft erteilt die Geschäftsleitung.

— Lübeck. Das Verkehrslokal befindet sich jetzt Stavenstraße 33, Restaurant „Zu den vier Jahreszeiten“ (Eggers). Dasselbst Montags und Freitags, abends 8—9 Uhr, Sprechstunden. Freitags Zeitungsausgabe. Zusammenkunft der in der Agitation tätigen Kollegen.

— Weißensee. Sonnabend, 15. Juli, Stiftungsfest im Schloß Weißensee.

Literarisches.

- Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit. Eine Abrechnung. Rede des Reichstagsabgeordneten R. Fischer zur dritten Beratung der Reichsversicherungsordnung. Unter obigem Titel ist die wirkungsvolle Rede des Genossen Fischer als Broschüre erschienen. In ihr ist nicht nur alles zusammengefaßt, was die sozialdemokratische Partei veranlassen mußte, gegen die R. V. O. zu stimmen, sondern sie bildet zugleich eine flammende Anklage gegen die Arbeiterfreundlichkeit der Mehrheitsparteien im allgemeinen und die politische „Saubereit“ der Konservativen im besonderen. Preis 15 Pfg.

- Im Verlag von I. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist erschienen: Die bürgerlichen Parteien des Deutschen Reichstags. Historische Skizzen von Dr. Ludwig Frank, Mitglied des Reichstags. Mit einem Anhang: Die Programme der bürgerlichen Parteien Deutschlands. Nr. 13 der Kleinen Bibliothek. 112 S. Preis gebunden 1 Mk., broschiert 75 Pfg. Vereinsausgabe 50 Pfg. Bei der beginnenden Wahlbewegung wird das Büchlein das Interesse aller Wähler in Anspruch nehmen und als Ergänzung des Parteihandbuchs dienen können. Die Beigabe der Programme der bürgerlichen Parteien dürfte den Wert der Arbeit nicht unwesentlich steigern.

- 66 Prologe für Arbeiterfeste. Unter diesem Titel erschien soeben ein Buch im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, das 66 Prologe aus der Feder des Genossen Ernst Preczang enthält. Dieses Buch wird unsern Mitgliedschaften bei Festen aller Art sehr gute Dienste leisten. Es enthält Stiftungsfestprologe für alle Berufe, außerdem sind Prologe für Delegiertenabende, Frauenfeste, Jugendfeste, Bildungs- und Kunstvereine, Persönliche Gedenkfeste, Jahresfeste, Sängerfeste, Humoristische Abende usw. enthalten. Der Preis beträgt Mk. 2.-.

- Das kommunale Wahlrecht. Von Paul Hirsch und Hugo Lindemann. Zweite ergänzte Auflage. Berlin 1911. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk., Vereinsausgabe 40 Pfg. Das Heft behandelt - abgesehen von einem allgemeinen Überblick über die grundlegenden Bestimmungen der kommunalen Wahlgesetze - den Rechtszustand in den einzelnen Bundesstaaten. Es lehrt die Leser nicht nur über das bestehende Recht, sondern ermöglicht auch Vergleiche zwischen den Verhältnissen in den Einzelstaaten, die in agitatorischer Beziehung recht wertvoll sind. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

- In dem Verlage von J. Neumann, Neudamm, erschien soeben eine neue, vermehrte und verbesserte Auflage des

rühmlichst bekannten Werkes: Dr. O. Hilfreich, Der kranke Hund. Ein gemeinverständlicher Ratgeber für Hundebesitzer, insbesondere für Jäger. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage, neu bearbeitet von Tierarzt Wernicke, Spezialarzt für Hundkrankheiten. Mit einer Tafel und 45 Abbildungen. Preis elegant gebunden Mk. 2,40.

- Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie. Von Friedrich Kleieis, Arbeitersekretär in Halle. Verlag der Volksbuchhandlung Halle a. S. Preis 25 Pfg. Die Sozialpolitik gewinnt immer mehr an Bedeutung. Sie bildet in wachsendem Maße den Boden, auf dem die Kämpfe der Parteien ausgefochten werden. Wenn nicht alle Erfahrungen und Beobachtungen trügen, wird auch die Sozialpolitik und insbesondere die Stellung der Sozialdemokratie zu ihr eine wichtige Rolle in den bevorstehenden Reichstagswahlen spielen, - wenn nicht gar zur Wahlparole werden. Bereits bei den letzten Wahlen wurde das Märchen von der Feindseligkeit der Sozialdemokratie der Sozialreform gegenüber reichlich kolportiert und bei den bevorstehenden Wahlen wird man die Stellung der Partei zur Reichsversicherungsordnung in läugenhafter Weise heranziehen. Da erscheint zur rechten Zeit eine kleine Schrift, welche in programmatischer Uebersicht die Stellung und Forderungen der Partei zur Sozialreform darlegt. Bei aller Kürze berührt sie sämtliche in Betracht kommende Fragen.

„Unsre Pilze.“ Dr. Adolf Heilborn. Anleitung zum Sammeln und Bestimmen der häufigsten essbaren und giftigen Pilze mit Pilzkochbuch. Mit 4 farbigen Tafeln und 19 Textillustrationen. Herausgegeben von der Vereinigung „Die Wissenschaft für Alle“. „Bücher des Wissens“, Band 156. Hermann Hilger, Verlag, Berlin W. 9. Preis elegant broschiert 50 Pfg., in Ganzleinen gebunden 70 Pfg. Das seltsame Geschlecht der Pilze hat die Phantasie des Menschen und seinen Forschungsdrang von jeher beschäftigt; es spielt in den Sagen und Märchen fast eine ebenso große Rolle wie in der Wissenschaft. Das vorliegende Büchlein weiß in gleicher Weise die Phantasie wie den Wissenstrieb des Lesers zu beschäftigen; dafür bürgt ja schon der Name des als Schriftsteller und Naturwissenschaftler gleich bekannten Verfassers. Mit diesem Buche kommt die Vereinigung „Die Wissenschaft für Alle“ den Wünschen aller entgegen, die sich mit regem Interesse den Bestrebungen der Vereinigung anschlossen. Wer übrigens die idealen Zwecke dieser Gemeinschaft von Freunden der Wissenschaft noch nicht kennt, lasse sich Prospekte von der Geschäftsstelle Berlin W. 9, Potsdamer Str. 124, senden. [Dr. A.

„Unsre Schmetterlinge.“ Dr. F. Marshall. Anleitung zum Sammeln und Bestimmen unserer wichtigsten Schmetterlings-

arten. Zwei einzeln käufliche Bände. Jeder Band enthält 4 farbige Tafeln und zahlreiche Textillustrationen. Herausgegeben von der Vereinigung „Die Wissenschaft für Alle.“ Bücher des Wissens, Band 148 und 149. Hermann Hilger, Verlag, Berlin W. 9. Preis jedes Bandes elegant broschiert 50 Pfg., in Ganzleinen gebunden 70 Pfg. Im ersten Bande werden zunächst die Falter im allgemeinen behandelt, hinsichtlich ihrer Entwicklung, des Baues, ihrer Raupen und der Schmetterlinge selbst und in Bezug auf die allgemeine Lebensweise. Sodann wird in einem kurzen Abschnitt die systematische Stellung der Schmetterlinge besprochen, dem Abschnitt liegt eine Bestimmungstabelle der Schmetterlingsfamilien bei. Des weiteren werden im ersten Band die Familien der Tag-schmetterlinge, der Schwärmer, der Holzbohrer, der Widderchen, der Bärenspinner, der Spinner behandelt in der Weise, daß erst eine allgemeine Charakteristik der betreffenden Familien gegeben ist, sodann folgt die Beschreibung der wichtigsten Unterfamilien, Gattungen und Arten. In gleicher Weise bringt der zweite Band die Familien der Eulen, die der Spinner und dann die 4 Familien der Kleinschmetterlinge, und zwar Zünsler, Wicker, Motten und Federmotten (sehr Geistchen). Den Beschluß bildet eine Beschreibung von Sammel- und Fangmethoden, von Raupenzucht und der Anlage von Sammlungen.

- Dr. B. Lindemann, Die Erde. Eine gemeinverständliche Geologie, Lieferung 4 bis 7. (Stuttgart, Kosmos, Fraenck'sche Verlagshandlung.) Jede Lieferung Mk. -80. Die neuen Lieferungen bieten wieder den Beweis dafür, daß man es bei der Lindemannschen „Erde“ mit einer außergewöhnlich interessanten und doch wissenschaftlich exakten Arbeit zu tun hat. Die Hefte bringen eigenartig schönes und reichhaltiges Bildermaterial, es sei nur die wundervolle Doppeltafel der Montblanc-kette und das Bild einer Naturbrücke in Utah aus der Fülle herausgehoben. Wir hören von dem gewaltigen Kampf zwischen Land und Meer, wobei der Wandel der Festlandsformationen eingehend durchgesprochen wird, auch die Strandverschiebungen der Gegenwart hat der Verfasser in sehr ausführlicher Weise in seinen Betrachtungskreis gezogen. Wir können keinem geologischen Kenner nur recht geben, der über die „Erde“ gesagt hat: das Werk lese sich wie „ein archaischer Roman“, und wir weisen nur immer wieder darauf hin, daß das Werk jedem modernen Menschen reichen Genuß bieten wird. Es ist ja auch trotz seiner musterzügigen Ausstattung so billig! Die Lieferung mit 2-3 Bogen reich illustriertem Text und mehreren Tafeln kostet nur 80 Pfennig.

Anzeigen-Tell

Logo: Gopel Dumpanlagen Pampwerk. Text: Kein Schlagen des Zugbaumes, deshalb nicht ruhender Betrieb, sondern gleichmäßige Rotation des Zugtriebs bei leichtem Gang. Ausführung für ein, zwei und vier Zugtiere. Für jede Brunnentiefe und Förderhöhe, auch zum Spritzen vorzüglich geeignet. SOTTO BOTTGER, DRESDEN A 28

Für Gärtnerei u. Geflügelzucht auch Sommerwohnung, Haus m. zwei Wohn-, Stall f. 12 K. Rho, Schweinestall, Hühnerstall sowie 6 gr. Remisen, alles massiv m. Ziegeldach, gewölbt. Futterboden, grosse Scheune, 10 Morg. Garten mit Obstbäumen, geschützte Lage zwischen zwei Bergen am Walde, 10 Min. von Ost. Berliner Vorortstation mit Gymnasium für 19000 Mk. mit voller Ernte zu verkaufen. Näheres durch Berff, Berlin, Quitzowstrasse 12a.

Islandsmoos. Vertreter, der bei Kunstblumenmählern (Grossisten) gut eingeführt ist und der Deloreder übernehmen kann, wird die Vertretung in Islandsmoos für Berlin eventuell ganz Deutschland übertragen. Wer Kommissionslager übernehmen kann, wird bevorzugt. Offerten unter V. K. 6961 beförd. Rudolf Mosse, Königstr. 56. P

Gehilfen die gesicherte Lebensstellung und zeitgemäße, alte Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche wissenschaftliche Fach-Ausbildung erstreben, finden zum nächsten Kursus Aufnahme unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen Gärtnerei-Lehranstalt Köstritz

der stärkt besuchen höheren Fachschule für Gärtner. 1. Kursus für Gärtner. 2. Kursus für Berechtigung zum Einj. - Freiwilligen-Dienst. 3. Kursus für Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner. 4. Kursus für Obstbautechniker. Prosp. u. Auskunft kostenfrei durch Direktor Dr. H. Settegast.

Blumengeschäft Laden mit Küche, grosser Keller, drei Jahre bestehend, umständelhalber sogleich zu vermieten. Berlin, Trautenaustrasse 13.

„TENAX“ fertig gemischtes, staubfreies Kupfervitriolpräparat gibt mit Wasser vermischt sofort eine spritzfertige Kupfer-Tonerde-Sodabrühe; Wirkung gleich einer Kupferkalkbrühe. Anwendung bequemer als Kupferkalkbrühe. Von Autoritäten vorzüglich begutachtet. Verwendung: Zum Bespritzen der Obstbäume gegen Schorf 1-1 1/2%, Rosen gegen Strahlenpilz u. Mehltau 1%, Weinberge gegen Peronospora 1-2%, Kartoffeln und Tomaten 1-1 1/2%, Gurken, Melonen und Kürbisse gegen Plasmodium 1%, Pfirsiche gegen Kräuselfrankheit 1%, Kiefern gegen Schüttelkrankheit 1-1 1/2%, Stachelbeerstrücker gegen den amerikanischen Mehltau 5%. Spezialtenax gegen Blattläuse, Raupen usw. Schmierseife aus reinem Leinöl mit vorgeschriebenem Fett- und Alkaligehalt. Alleiniger Fabrikant: Fr. Gruner, Chem. Fabrik, Esslingen a. N.

Fehlen Ihnen einige Gartenwerkzeuge? Bitte übertragen Sie deren Lieferung den Dresdener Werkstätten S. Kunde & Sohn Dresden-A. 38, Kipsdorfer Str. Katalog kostenlos.

Emil Sieburg Landschafts-Gärtner und Garten-Inspektion Berlin NO., Greifswalder Str. 47 : Telefon : Amt VII, 1045 sucht Privatanlagen für Instandhaltung von Gärten im Jahres-Abonnement zu mässigen Preisen. Neue Anlagen auf einfache sowie eleganteste Art. Grotten- und Felsen-Anlagen werden geschmackvoll und sauber ausgeführt. Kostenanschläge zu Diensten. - Prompte und billige Bedienung.

Rob. Brien Pampen-Fabrik Berlin O. 27, Kranzstrasse 31c. Billigste Bezugsquelle in Pumpen, Röhren und Zubehörteilen. Jll. Preisliste gratis u. franko. Meinem Grundbesitz, als: Haus, drei Morgen Garten u. anschliessend sieben Morgen prima Ackerland in Kl. Stadt, Kreis Coethen (Kleinbahnstation) zur Gärtnerei erstklassig geeignet, beachtliche Ioh zu verkaufen. Anzahl. nach Ueber-einkunft. Bürovorsteher Broymann Bernburg, Theaterstr. 3, I.

Garten-Anwesen in kleiner lebhafter Stadt, in dem seither Gartenwirtschaft betrieben wurde, ist sofort zu verkaufen. Verheirateter Gärtner, der hier rentable Gärtnerie einrichten kann und nebenbei die Wirtschaft betreibt, findet sichere Existenz. (Wasserleitung elektr. Licht vorhanden.) Erforderlich 4-600 Mk. Anfragen unter Nr. 13 an die Inseraten-Regie der Allg. Deutschen Gärtner-Zeitung Josef Wichterich, Leipzig, Schillerstrasse 7.

Gartenbau-Institut m. Pensionat tadello, der Neuzeit entspr. einger., prachtvoll gelegen an der weltber. Bergstr. zwisch. Frankfurt u. Heidelberg. Ausbildung, theor. u. prakt., in allen Zweig. d. Obst- u. Gartenbaues. Lehr- u. Pensionatspr. monatl. 100 Mk. u. höher. Das Institut ist auch verkäuflich an solv. Herrn od. Dame, ev. können solche als Teilhab. eintreten. A. Frömmig, Heppenheim a. d. B.

Schnell-Erdborher 50 bis 400 mm Durchmesser. Prospekt frei. E. Jasmin, Hamburg 30. Ein verheirateter, mögl. kinderloser Gärtner in Garten- und Gemüskultur bew., mit guten Zeugnissen versehen, nicht zu alt, suche per sofort od. 1. August für meine Besorgung fünf Meilen von Berlin. Selbstgeschriebene Offerten mit Gehaltsforderung unter Z. Y. Postamt 88 Berlin.

Technikum Steingard Obs. u. Gartenbau Forstwirtschaftslehre Landwirtschaftslehre Prospekt frei!

Alle den

Inseratenteil

der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“ betreffenden Sendungen, also Anzeigenaufträge, Insertionsgebühren, Korrekturen, Beleg-Reklamationen, sind ausschliesslich an die alleinige Inseraten-Regie

Josef Wichterich, Leipzig, Postschliessfach 176

zu richten. Das Filialbureau befindet sich in Berlin S. 14, Kommandantenstrasse 34, IV, 1567.

Illustriertes Handbuch des Gartenbaues

Herausg. v. Dr. H. Settegast, Dir. d. G.-L.-A. Köstritz



Ein starker Prachtband von ca. 1000 Seiten mit 938 Abbildungen im Text und 49 ein- und mehrfarbigen Tafeln und zwei Modellen

Preis 22 Mk., auf Wunsch gegen bequeme monatl. Teilzahl. 24 Mk.

Wer sich über die Urteile der Fachgenossen, die das Werk bereits bezogen haben, unterrichten will, verlange die postfreie Zusendung des Prosp. Nr. 2 von

E. H. Friedr. Reissner, Leipzig

Salomonstrasse 9

Jeder Gärtner welcher noch nicht mit den Oskar Butter, Bautzen 6

gearbeitet hat, mache einen Versuch, er wird voll und ganz befriedigt werden! Illust. Katalog gratis und franko.



Der beste Hilfsdünger für Chrysanthemum, Rosen, Nelken Eriken etc. etc.

ist das Universal-Pflanzendüngemittel

Naumanns Blumendünger

aus der

Chemischen Dünger-Fabrik

Eduard Naumann, Cöthen

(Anhalt).

Nachweislich beste Erfolge bei aller Pflanzengattungen.

Winterobstbauschule Werder a. H.

Lehranstalt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg

Der Unterricht beginnt jährlich am 2. November u. schliesst Ende März

Honorar Mk. 30.— Prospekt gratis
Weitere Auskunft erteilt

Die Direktion: Dickopp.

Werder mit seinen 25000 Morgen Obstbau bildet die Obstkammer von Berlin. — ¼ Stunde mit der Bahn sind die königlichen Gärten, ¼ Stunde mit der Bahn Berlin.

ff. farbiges Manschettenpapier,

600 Bogen 50x76 cm gross — 1 Postkoll kostet bei mir nur 3,45 Mk.
Vorrätig u. lieferbar in 25 Farben.
Krepppapier Rolle 5, 13 Pfg., wasserfest 15 Pfg.
Einpackseldes 4800 Bogen, 15 Mk.

Hesse, Dresden.
Scheffelstr. 61/65.

Paul Strerath, Berlin C.

Kreuzstrasse 4 • Nähe Spittelmarkt

Reparaturwerkstatt

für Rasenmäschinen aller in- und ausländischen Fabrikate. Lager von Ersatzteilen, Garantie für gutes Schneiden.

Grossartige Neuheit!

Elfriede Bergemann-Erdbeere!

Geschmack und Aroma wie die Wald-erdbeere. Ausserordentlich ertragreich — trägt bis Frost eintritt.
Junge Pflanzen 1 Stück Mk. 3.—, bei grösserer Abnahme billiger.
Bergemann, Erdbeer-Kultur
Wildpark 6 bei Potsdam.

„Also doch!“



ist das einfachste, beste und zuverlässigste selbstzündende

Taschenfeuerzeug

der Gegenwart. „Also doch!“ ist wesentlich billiger als jedes andere Feuerzeug ähnlicher Art. — Versagt niemals! Garantie für jedes Stück. — Hochfein vernickelt per Stück Mk. 2.—.

Schumacher & Co.
Chem. Fabrik, Bremen 4.

Verkehrslokale für Gärtner.

Alle Zuschriften wegen Aufnahme von Lokalen unter dieser Rubrik sind ausschliesslich an die alleinige Inseratenverwaltung der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“: Josef Wichterich, Leipzig, Schillerstrasse 7, zu richten.

Barmen. Gasthaus: Albert Vogel, Rüdigerstr. 16. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gewerkschaftshaus, Parlamentsstr. Bureau u. Stellennachweis: Gewerbeschulstr. 107, I, Eingang Heiderstr. 34.

Berlin S. Restaurant A. Bieler, Dieffenbachstr. 76.

Berlin W. Vorbergstrasse 9, Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Donnerstag vor dem 15. Jeden Sonntag früh: Zahlmorgen.

Blankenese. Restaur. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Versammlung Sonntagabend nach dem 1. und 15. **Breslau.** Restaur. „Zum Bär auf der Orgel“, Kupferschmiedestr. 39. **Cannstatt-Stuttgart.** „Gasthaus zur Fischerei“, Marktstr. Herberge, Verkehrs- und Versammlungslokal. **Cöln a. Rh.** Rest. Laurenz Körfer, Weyerstr. 112. Versamml. Samstag nach d. 1. u. 15. Bur. u. Stellennachw.: Gr. Telegraphenstr. 20, I. 7—9 Uhr. **Düsseldorf 76.** (Il. Bez. Rh.-Westf.) Zentralstellennachw.: Wallstr. 10, II. **Frankfurt a. M.** Gewerkschaftsh., am

Schw.-Bad u. Stolze Str. 13-15. Vrslok. d. Ortsv. u. Bez. Frankf. Herb. ebenda. **Frankfurt a. M. - Hausen.** Restaurant v. G. Hardt. Verkehrslok. der Gärtner. **Grünwald.** Pein, Hubertusbaderstr. Nr. 8. Verkehrslok. Versamml. Sonntagabend n. d. 1. j. M. Gut. Mittagstisch. **Hamburg.** Rest. Kling, Drehbahn 48. Arbeitsnachweis von 10—12 Uhr. **Hamburg-Höfeluft.** M. Lewerenz, Wrangelstr. 64, Verkehrslok. d. Gärtner Höfeluft, Versamml. 2. und 4. Dienstag im Monat. **Hannover.** Hallers Gasthaus, Bockstr. 11. Kolleg. sind jed. Tag zu treffen.

Magdeburg. Knochenhaueruferstr. 27-28, I. Eng. Packhofstr. Vereinsl. Zentralherberge: Kleine Klosterstr. **München.** Restaurant Högerbräu, Thal 75. Zentralverkehr d. Gärtner und Herberge. Versammlung jeden 4. Samstag im Monat. **Nieder-Schönhausen.** Restaurant Schwarzknecht, Kaiser-Wilhelm-Str. 5, Vereinslokal. **Nürnberg.** Restaur. Albigsgarten, Johannisstr. 28. Versammlung alle 14 Tage Samstag. **Pankow b. Berlin.** Pankower Gesellschaftshaus, Paul Rozycki, Kreuzstr.

Nr. 3-4. Versammlung Dienstag nach dem 1. jedes Monats. **Steglitz.** Restaurant Fritz Heizmann, Ecke Dünher- und Florastrasse. Versammlung jed. Donnerstag nach dem 1. und 15. **Stellingen b. Hamburg.** A. Langes Klub- und Ballhaus, Kieler Str. 211. **Stuttgart.** Gasth. z. Glocke, Marktstr. Verkehrslokal und Herberge. **Zürich.** Restaur. z. hinterm Stern, Bellevueplatz. Versamml. alle 14 Tage Samstags. Auskünfte b. J. Schneider, Hegibachstrasse 9, III, von 1/8 bis 1/9 Uhr abends.